Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 109 (2015)

Heft: 7-8

Artikel: Es gibt Tatsachen, denen sich auf Dauer niemand verschliessen kann : Care-Ökonomie, Genderpolitik - wo sind sie unter den realpolitischen Voraussetzungen?

Autor: Schmid-Federer, Barbara

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-632218

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Barbara Schmid-Federer

Es gibt Tatsachen, denen sich auf Dauer niemand verschliessen kann

Care-Ökonomie, Genderpolitik – wo sind sie unter den realpolitischen Voraussetzungen?

Es gibt Tatsachen, denen sich niemand verschliessen kann. Dazu gehört, dass unsere Gesellschaft immer älter wird. Und auch wenn wir im Schnitt länger gesund leben, brauchen immer mehr ältere und alte Menschen Pflege. Das kostet Geld und Engagement.

Zu den Tatsachen, die sich nicht abstreiten lassen, gehört aber auch, dass die Altersstruktur unserer Gesellschaft sich wandelt, weil seit Jahrzehnten weniger Kinder geboren werden. Das stellt die Gesellschaft vor ganz neue Fragen.

Und was ist die Antwort jenseits der Ökonomie?

In der realen Politik beschäftigen wir uns viel mit den rein ökonomischen Aspekten und vernachlässigen die gesellschaftlichen Implikationen dieser Entwicklungen. Das ist nicht «nur» eine Panne, sondern von einem Teil des politischen Spektrums explizit gewünscht.

Die harten neoliberalen Programme, die im Speziellen in Grossbritannien unter Margret Thatcher und in den USA unter Ronald Reagan angestossen und umgesetzt wurden, sind im Grundsatz entzaubert. In beiden Ländern ist das soziale Netz zerschlagen und die Gesellschaft befindet sich in einem «Alle gegen Alle»-Modus mit enormen sozialen Verwerfungen.

Doch auch wenn die realen Folgen der «Es gibt keine Gesellschaft. Es gibt nur Individuen»-Ideologie verheerend sind, sind diese Mechanismen heute auch in der Schweiz virulenter denn je.

Immer neue Sündenböcke

Es ist zentraler Bestandteil der neoliberalen Ideologie, dass sie in der politischen Praxis immer neue «Schuldige» für angebliche oder tatsächliche Missstände präsentieren muss, um zu verschleiern, dass ihre Rezepte in der wirklichen Welt zur Verschlechterung der Lebensumstände für die meisten Menschen führen und im wahrsten Sinne des Wortes «gesellschaftsfeindlich» sind, weil die Gesellschaft ihr Feind ist.

Ich wurde in einer Zeit sozialisiert und letztlich auch politisiert, in der Politik von Frauen unabhängig von der parteipolitischen Ausrichtung immer emanzipatorische Politik gewesen ist. Alleine schon die sicht- und hörbare Anwesenheit von Frauen in politischen (und in meinem Fall auch kirchlichen) Räumen war ein Akt der Emanzipation. Das hat sich geändert. Wir sind heute auch mit Frauen konfrontiert, die hart rechtsnationale Anti-Emanzipationspolitik betreiben. Die nicht nur in klassischen Genderfragen, sondern generell ein Menschenbild vertreten, das anti-

emanzipatorisch ist und in der härtesten Ausprägung übelste gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausdrückt. Bemerkenswert ist im Übrigen, wie insbesondere (meist) männliche Massenmedienschaffende sich auf diese Politikerinnen stürzen und sich äusserst willig an deren Inszenierung eines rechten Polit-Barbie-Kultes beteiligen.

Dieses enge und ausgrenzende Menschenbild verhindert, dass Herausforderungen mit fortschrittlichen und menschenfreundlichen Ansätzen angegangen werden können. Mehr noch: Zum Teil wird alleine schon die Diskussion über neue Ansätze abgeblockt oder verächtlich gemacht.

Die Aufgaben eines Staatswesens sind mehr als Grenzschutz und Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung

Es liegt in der Natur der Sache, dass gerade Anliegen des Ausgleichs und der Gleichberechtigung, der gerechten Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit unter den Geschlechtern und der Überzeugung, dass die Aufgaben eines Staatswesens eben aus mehr bestehen als aus Grenzschutz und Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

Für mich als bürgerliche Frau der Mitte ist immer wieder erstaunlich, wie ich mich zunehmend rechtfertigen muss für politische Grundsätze wie zum Beispiel:

- die Solidarität zwischen Geschlechtern und Generationen,
- den Ausgleich zwischen Gesunden und Kranken,
- einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen und eine moderne Familienpolitik, in der ein Ja zu Kindern für Frauen nicht ein Nein zu beruflicher Entfaltung zur Folge hat.

Dabei sind dies genau jene Lösungen, die unser Land erfolgreich gemacht haben.

Engagierte menschenfreundliche Kräfte oder «Alle gegen Alle»-Politik

Wirklich entscheidend für das gesellschaftliche Klima – davon bin ich überzeugt – sind nicht die einzelnen konkreten Vorlagen, sondern die Grundstimmung. Wenn es den politischen engagierten menschenfreundlichen Kräften inner- und ausserhalb der Parlamente nicht aufzuzeigen gelingt, dass bei einer «Alle gegen Alle»-Politik eben auf die Dauer (fast) alle verlieren, ist das Erfolgsmodell der humanitären Schweiz ernsthaft gefährdet, die im Endeffekt ihre Kraft eben gerade aus dem solidarischen Zusammenleben lauter «Minderheiten» schöpft.

Die Energie für mein politisches Engagement hole ich nicht zuletzt aus den immer mal wieder erzielten grösseren und kleineren Erfolgen. Als Beispiel mag hier die kürzlich bekundete Bereitschaft des Bundesrates stehen, sich endlich konkret mit dem Themen- und Problemkreis der «Care-Migration» auseinanderzusetzen. Es hat zwar gut eineinhalb Jahre gedauert, bis die Landesregierung meinen vom Parlament überwiesenen Vorstoss bearbeitet hat – und jetzt nimmt sich die Verwaltung noch einmal fast gleich lang Zeit, einen konkreten Bericht auszuarbeiten, aber immerhin ist dieses zentrale Thema jetzt auf dem politischen Radar.

Es gibt Tatsachen, denen sich auf die Dauer niemand verschliessen kann. Und ich bin überzeugt, dass sich der stetige Einsatz für die eigenen Überzeugungen gerade wegen jener kleinen Erfolge lohnt, die zusammengenommen dann eben das Leben in einer menschenfreundlichen und weltoffenen Schweiz ermöglichen. ●

Barbara Schmid-Federer
Bild: Keystone

Barbara Schmid Federer ist Nationalrätin der CVP, Unternehmerin und Familienfrau, Präsidentin des Schweizerischen Roten Kreuzes Kanton Zürich und Ständeratskandidatin im Kanton Zürich.

barbara.schmid-federer@parl.ch